

Schritt für Schritt

Im Herbst '89 bedurfte es nur eines Anlaufpunktes für die Protestwilligen, eines allgemein bekannten Ortes oppositioneller Aktivität, um massenhafte spontane Protestaktionen in Gang zu bringen. Ihren Anfang nahmen sie in Leipzig mit seiner regen Alternativszene. Mehrmals schon waren von den seit März 1988 in der Nikolaikirche veranstalteten montäglichen Friedensgebeten Demonstrationen ausgegangen. Als die Gebete am 4. September '89 erstmals nach der Sommerpause wieder stattfanden, scheiterte ein Demonstrationsversuch zwar: Die meisten der 1.200 Besucher, meist Ausreisewillige, ließen die Vertreter der Basisgruppen, die sich zu einem Zug formieren wollten, im Stich.

Doch schon drei Wochen später, am 25. September, zogen nach dem Montagsgebet 5.000 Menschen über den Leipziger Innenstadtring. Die Polizei, die nach den Montagsgebeten vom 11. und 18. September

viele Besucher festgenommen hatte, hielt sich diesmal zurück. Und auf die 20.000 DemonstrantInnen, die am 2. Oktober hier zusammenkamen, war sie nicht im Mindesten vorbereitet.

Viele der Demonstrationen im September und Oktober '89 fanden abends, nach Feierabend, statt: Man sollte sich daran beteiligen können, ohne über die politische Aktion die tägliche Arbeit vernachlässigen zu müssen. Transparente und Losungen waren bei diesen Demonstrationen anfangs kaum zu sehen. Der Protest kam in der bloßen Beteiligung zum Ausdruck. Allenfalls Sprechchöre spielten eine Rolle. Von der deutschen Einheit war dabei noch nicht die Rede. Entscheidend wurde dann der 9. Oktober. Gerüchte von einer „chinesischen Lösung“ gingen durch die Stadt, die Staatsmacht hatte erheblich stärkere „Sicherheitskräfte“ als je zuvor in und um Leipzig konzentriert. Doch als sie sich 70.000 Demonstranten gegen-



Leipzig, 4. September '89: Vertreter Leipziger Oppositionsgruppen versuchen nach dem Montagsgebet, einen Demonstrationszug zu bilden, Foto: Rainer Kühn / Archiv Bürgerbewegung Leipzig



Leipzig, 25. September '89: Die erste Montagsdemonstration auf dem Innenstadtring, Foto: Johannes Beleites / Archiv Bürgerbewegung Leipzig

übersahen, kapitulierten sie. Kurz darauf wies Honecker an, bei Demonstrationen keinesfalls Schusswaffen zu nutzen. Von nun an gehörte die Straße dem Volk.

Zu dieser Zeit begannen sich die Demonstrationen rasch auszuweiten: Am 4. Oktober war es in Dresden zu Protesten gekommen, am 7. wurde außer in Berlin auch in Karl-Marx-Stadt, Plauen und Potsdam demonstriert, am 8. Oktober nochmals in Berlin. Doch während in Leipzig am 16. Oktober die Zahl der Demonstranten auf 120.000 anwuchs und es nun auch in Halle, Magdeburg, Rostock, Schwerin und vielen anderen Städten zu größeren Demonstrationen kam, blieb es auf den Berliner Straßen längere Zeit recht ruhig: Am 21. Oktober forderten 1.200 Demonstranten die Freilassung der am 7. und 8. Oktober Inhaftierten, am 24. Oktober protestierten 12.000 gegen Krenz' Wahl zum Staatsratsvorsitzenden.



Leipzig, 2. Oktober '89: Bei der zweiten Montagsdemonstration durchbrechen Demonstranten auf dem Tröndlinring die Polizeikette, Foto: Johannes Beleites

Werktätige des Bezirkes fordern:

Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden

Die Angehörigen der Kampfgruppenhundertchaft „Hans Geißler“ verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. Wir sind dafür, daß die Bürger christlichen Glaubens in der Nikolaikirche ihre Andacht und ihr Gebet verrichten. Das garantiert ihnen unsere Verfassung und die Staatsmacht unserer sozialistischen DDR. Wir sind dagegen, daß diese kirchliche Veranstaltung mißbraucht wird, um staatsfeindliche Provokationen gegen die DDR durchzuführen. Wir fühlen uns belästigt, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Dingen konfrontiert werden.

Deshalb erwarten wir, daß alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit

geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen und unser Aufbauwerk zielstrebig und planmäßig zum Wohle aller Bürger fortgesetzt wird. Wir sind bereit und Willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!

Wir sprechen diesen Elementen das Recht ab, für ihre Zwecke Lieder und Losungen der Arbeiterklasse zu nutzen. Letztlich versuchen sie damit nur, ihre wahren Ziele zu verbergen.

Kommandeur GÜNTER LUTZ
im Auftrag der
Kampfgruppenhundertchaft „Hans Geißler“

Im SED-Bezirksorgan „Leipziger Volkszeitung“ droht die Staatsmacht am 6. Oktober '89 mit bewaffneter Gewalt

Republikgeburtstag in Berlin

Die Gethsemanekirche hatte in Berlin eine ähnliche Bedeutung wie die Nikolaikirche in Leipzig: Die Aktionen der Mahnwache, die sich hier Anfang Oktober als Reaktion auf die Verhaftungen bei den Demonstrationen in Leipzig gebildet hatte, zogen ein zahlreiches Publikum an. Stark besucht waren besonders die allabendlichen Informationsandachten. An der Gethsemanekirche begannen oder endeten auch die Demonstrationen vom 7. und 8. Oktober, die zeitlich mit den offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR zusammenfielen.



Bei diesen Demonstrationen kam es zu zahlreichen Zusammenstößen und Verhaftungen. Dazu ein Bericht aus der Veröffentlichung "Schnauze, Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989", Berlin 1990:

Gegen 21.00 Uhr wurde ich am 8. 10. 89 bei der Sitzblockade auf der Schönhauser Allee verhaftet. Obwohl alle Demonstranten durch das Sitzen gewaltfreie Haltung und Handlungsweise ausdrückten, wurden wir durch die in Zivil auftretenden Staatssicherheitskräfte bei der Verhaftung geschlagen. So warfen sich zwei dieser Personen auf mich, schlugen mich mit Gummiknüppeln und sprühten mir aus einer Handflasche eine Substanz in das Gesicht (Tränengas oder ähnliches).

Als die ersten „Amtshandlungen“ durchgeführt wurden, Durchsuchung, Aufnahme der Personalien, wurde ich grundsätzlich mit „Schwein“ angeredet. Die Verhafteten, darunter ich, wurden in einen Lkw verfrachtet ...

Die verhafteten Demonstranten, darunter auch Frauen und Mädchen, die verletzt worden waren, vor allem Platzwunden am Kopf, Prellungen usw., wurden nicht ärztlich versorgt. Als wir in Rummelsburg angekommen waren, wurden wir einzeln aus dem Lkw gestoßen und in Garagen geführt, deren Fronttüren ausgehängt worden waren. Vor diesen Garagen war eine Polizeikette postiert, die uns bewaffnet, teils mit Hunden, bewachte.

Obwohl die verletzten Inhaftierten auf ihr körperliches Befinden aufmerksam machten, wurde ihnen ärztliche Betreuung versagt ... Inhaftierten, die die Toilette benutzen wollten, wurde dies versagt, später „durften“ diese Gefangenen einen Gully, der direkt vor der Polizeikette lag, benutzen. Obwohl es sehr kalt und regnerisch war, mußten wir etwa drei Stunden in diesen offenen Garagen verbringen. Nach dieser Zeit wurden alle Inhaftierten einzeln aufgerufen und in eine Sammelzelle geführt, die völlig überfüllt war. Männer und Frauen wurden getrennt. Ein Inhaftierter, der sich bei dieser Überführung weigerte, die Hände aus den Taschen zu nehmen, wurde zusammengeschlagen.

Als ich medizinische Betreuung verlangte – mir wurde bei der Verhaftung in den Bauch getreten, der nun schmerzte, weiterhin hatte ich eine stark blutende Risswunde am Fuß –, wurde ich ausgelacht und mit der Begründung abgewiesen, wenn ich nicht die Schnauze hielte, würde es mir gleich noch viel schlechter ergehen. Nach etwa einer Stunde wurden wir auf die einzelnen Zellen verteilt.

Zwischen Dialog und Verweigerung

Chronologie

18. Oktober: Der SED-Generalsekretär Erich Honecker wird von seinen Funktionen entbunden. Sein Nachfolger Egon Krenz prägt in einer Fernsehsprache den Begriff „Wende“.

23. Oktober: Leipzig: ca. 300.000 Demonstranten, Tausende in Dresden, Magdeburg, Zwickau und Berlin. Schwerin: 50.000 Teilnehmer an einer Kundgebung des Demokratischen Blocks für freie Wahlen und gegen eine neue Machtkonzentration.

24. Oktober: Krenz wird Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (26 Enthaltungen, 26 Gegenstimmen). Dagegen demonstrieren in Berlin 12.000 Menschen.

27. Oktober: Krenz kündigt Amnestie für Ausgereiste an und verspricht neues Reisegesetz, fünf führende Wirtschaftsfachleute der DDR legen ein Gutachten zur Lage der DDR-Wirtschaft vor (Schürer, Beil, Schalck-Golodkowski, Höfner, Donda).

29. Oktober: Vor dem Berliner Rathaus diskutieren über 20.000 Personen (Sonntagsgespräche). Ähnliche Gesprächsforen in Leipzig, Erfurt und Karl-Marx-Stadt.

30. Oktober: Der letzte „Schwarze Kanal“ im DDR-Fernsehen.

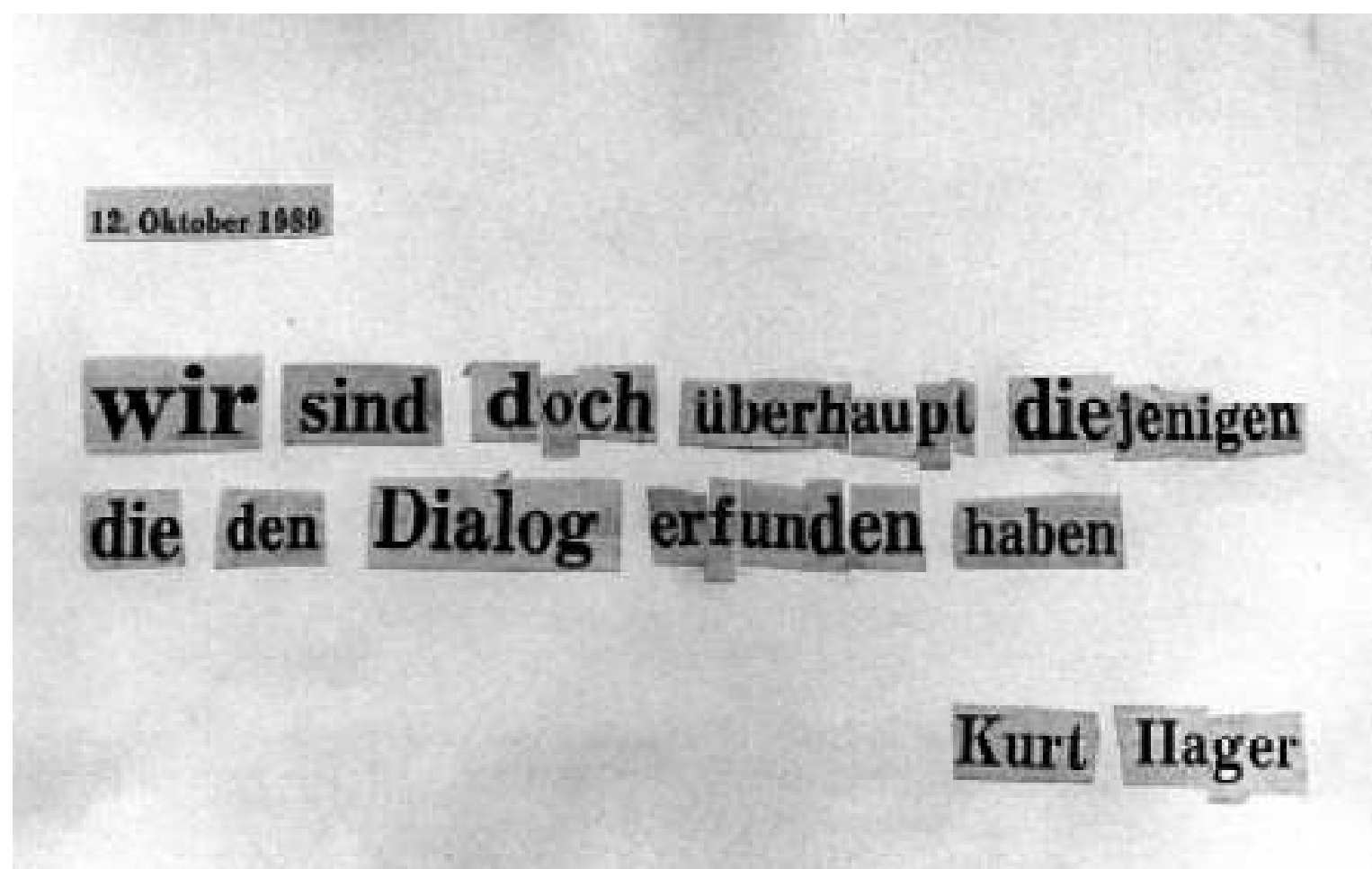
31. Oktober: E. Krenz zum Arbeitsbesuch bei Gorbatschow in Moskau.

2. November: Rücktritt von FDGB-Chef Harry Tisch, CDU-Vors. Gerald Götting und NDPD-Vors. Heinrich Homann.

3. November: DDR stimmt freier Ausreise über ČSSR zu. In Berlin konstituiert sich die „Unabhängige Untersuchungskommission der Ereignisse des 7. und 8. Oktober“. Parallel bereitet die Stadtverordnetenversammlung die „Bildung einer zeitweiligen Kommission zur Prüfung der Anliegen von Bürgern im Zusammenhang mit den Ereignissen am 7. und 8. Oktober 1989“ vor.

7. November: Reisegesetzentwurf wird zurückgezogen, Die Regierung unter Vorsitz von Willi Stoph erklärt ihren Rücktritt.

9. November: Die Unabhängige Untersuchungskommission und die Kommission der Stadtverordnetenversammlung handeln Bedingungen für die gemeinsame Arbeit aus. Drei Mitglieder (Marianne Birthler, Werner Fischer, Walter Schilling) treten daraufhin aus der zeitweiligen Untersuchungskommission aus.



Montage für die Wandzeitung Verband Bildender Künstler, Berlin am 13. Oktober '89



Flankiert von zwei Vertretern der Bürgerbewegung verliert General Rausch die geheimen Einsatzbefehle der Polizei vom 7./8. Oktober, Foto: Gerhard Zwickert



Sonntagsgespräch vor dem Roten Rathaus, Foto: André Böhm



Plakat am Roten Rathaus aus Protest gegen die ausgefallenen Sonntagsgespräche zwischen Vertretern des Magistrats von Groß-Berlin und der Bevölkerung, Foto: J. Nagel

Aus Christoph Hein, Erinnerung an eine Zeit:

Ein Gefühl von Vergeblichkeit und Ohnmacht, das die Arbeit das Jahr hindurch fast kontinuierlich begleitete, bleibt ... Aber Ohnmacht ist nicht die ganze Wahrheit. Gewichtiger ist, was wir mit welchen Folgen für die Gesundung und Demokratisierung unserer Gesellschaft ans Tageslicht bringen konnten. Und das ist weit mehr, als im Oktober und November 1989 zu hoffen war. Auf dem uns bevorstehenden langen Weg in eine demokratische und soziale Gesellschaft kann diese Arbeit ein Mahnzeichen darstellen, für den zurückgelegten wie für den künftigen Weg.

Und die Arbeit kann die Erinnerung an den Oktober 1989 wach halten, an das eigene Versagen und die kleinliche Feigheit, aber auch an den Mut und an die eigene Kraft, die so viel bewegte und veränderte.

Aus Und diese verdammte Ohnmacht. Report der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Oktober '89 in Berlin:

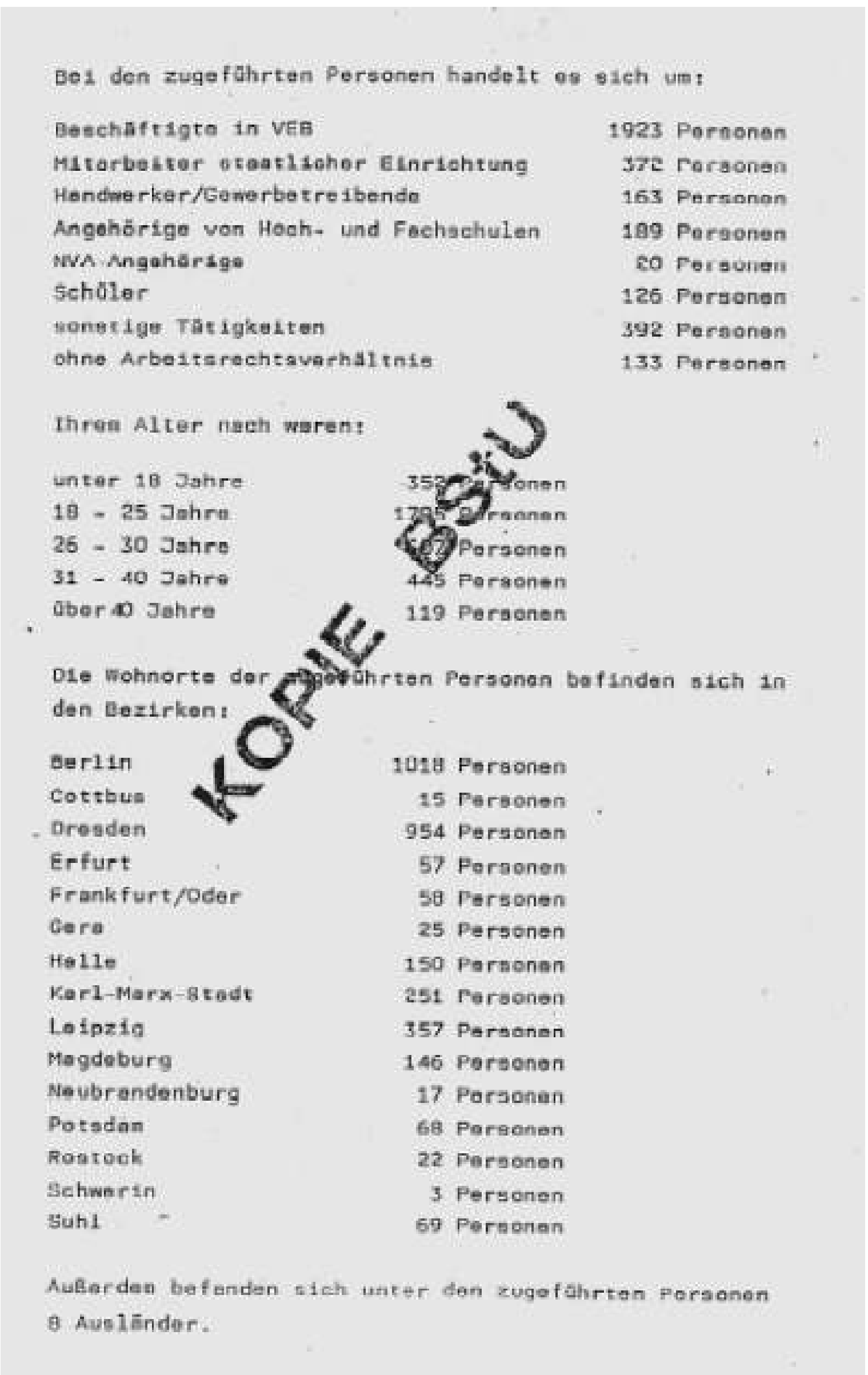
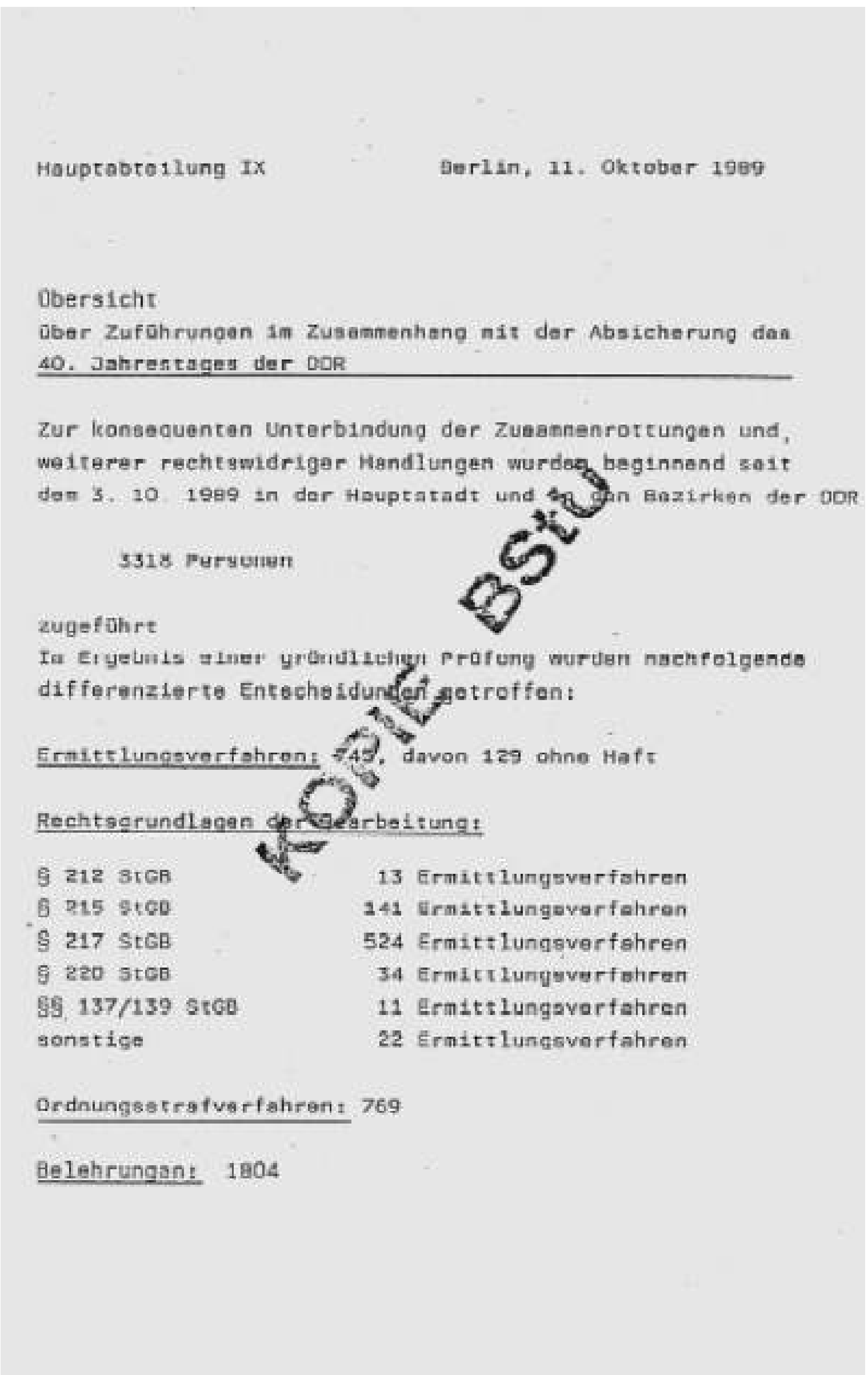
7. Oktober '89

Die Gesamtzahl der am 7. Oktober '89 eingesetzten Sicherheitskräfte kann bis heute nicht exakt benannt werden. Nach den Recherchen und Schätzungen unserer Kommission dürften von den etwa 23.000 in Berlin verfügbaren Sicherheitskräften dreitausend zum Einsatz bei der Auflösung von Demonstrationen gekommen sein. Die Zahl der aktiv an Demonstrationen beteiligten Bürger belief sich auf etwa fünftausend. Da der Einsatz der Sicherheitskräfte mehrfach erfolgte, war ihre zahlenmäßige Überlegenheit in der Regel gegeben.

Am 7. Oktober '89 wurden 547 Bürgerinnen und Bürger geführt.

8. Oktober '89

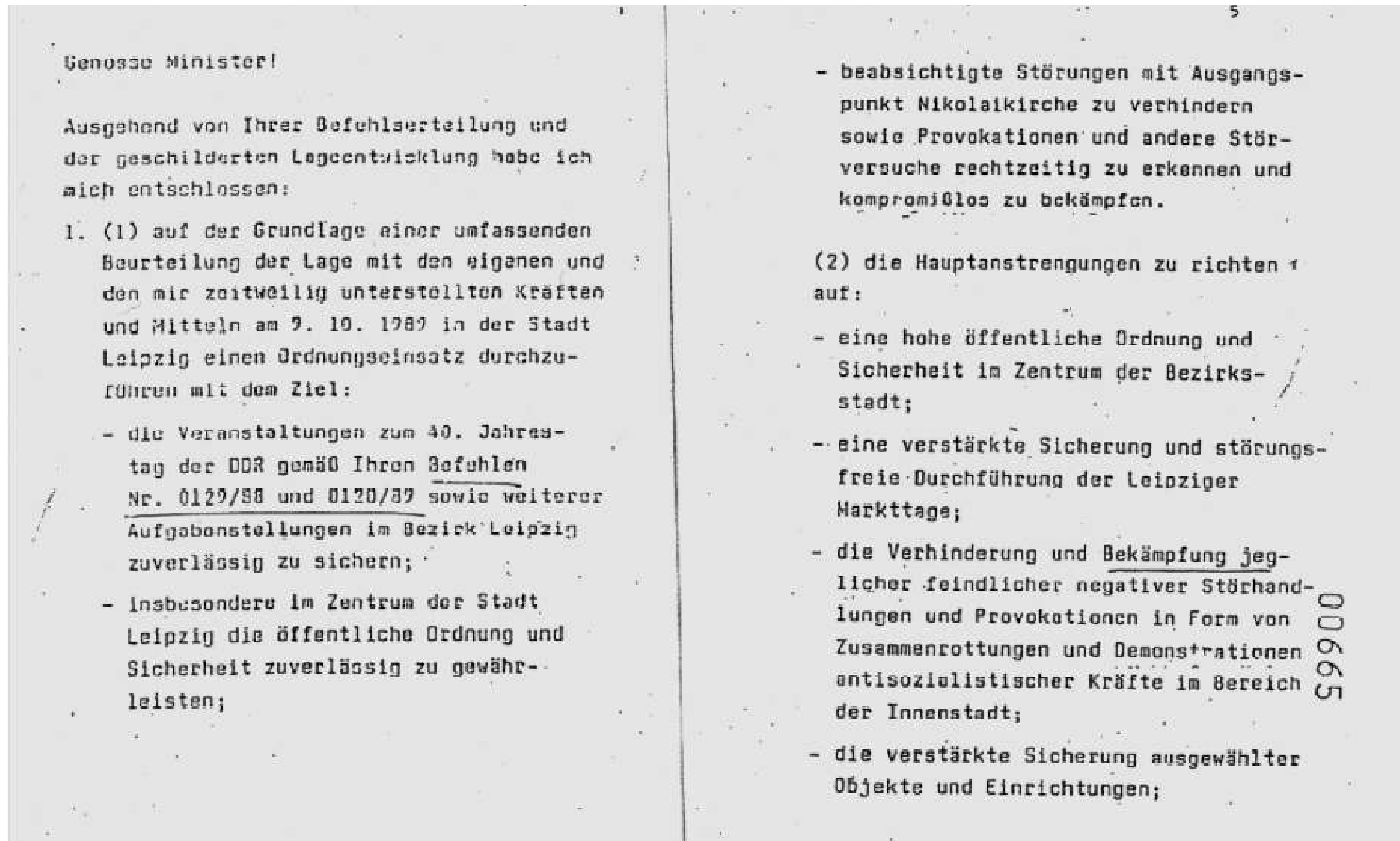
Auch für den 8. Oktober läßt sich die Zahl der tatsächlich zum Einsatz gekommenen Sicherheitskräfte nicht eindeutig belegen. Sie wird an den Ereignisorten auf etwa 1.500 bis 2.000 Mann geschätzt. Zugeführt wurden an diesem Tag 524 Bürgerinnen und Bürger.



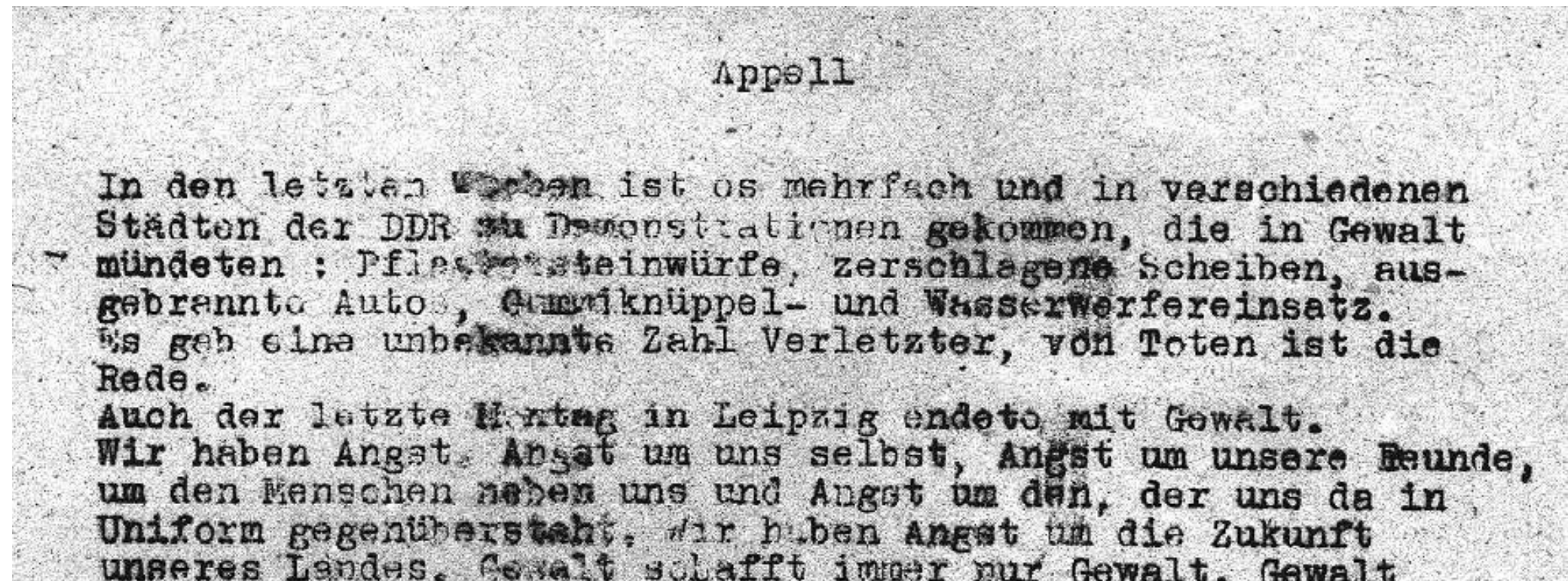
Liegt die Macht auf der Straße?



Leipzig, 9. Oktober '89: 70.000 Demonstranten auf dem Leipziger Innenstadtring, Foto: Uwe Pullwitt



Der Polizeichef des Bezirks Leipzig berichtet dem DDR-Innenminister über seine Pläne, die Montagsdemonstration vom 9. Oktober zu verhindern



Leipziger Oppositionsgruppen rufen am 9. Oktober Polizei und Demonstranten zur Gewaltlosigkeit auf



Im „Neuen Deutschland“ vom 24. Oktober '89 ist von Randalierern keine Rede mehr



Berlin, 24. Oktober '89: Demonstration gegen die Wahl von Egon Krenz zum DDR-Staatsoberhaupt, Foto: Jürgen Nagel

Die Demonstrationen vom Herbst '89 waren das wichtigste Mittel, die Alleinherrschaft der SED-Politbürokratie zu beenden und staatsbürgerliche Rechte zu erlangen. Eben das waren auch die Hauptforderungen der DemonstrantInnen zu dieser Zeit.

Die Demonstrationen waren eine Form freier, öffentlicher und fast immer gewaltloser Meinungsäußerung. Die erklärte Gewaltlosigkeit war eine Strategie, blutige Konflikte mit der Staatsmacht zu vermeiden und sollte zudem der Gegenseite die Angst nehmen. Mehr noch aber hatte sie die Aufgabe, die Berechtigung der eigenen Forderungen moralisch zu untermauern: Wer zuschlug, hatte Unrecht. Nicht zuletzt war die Gewaltlosigkeit ein Vorgriff auf die angestrebten gesellschaftlichen Verkehrsformen, mit dem man sich von der Militanz der Staatsmacht absetzte.

Solch revolutionierende Wirkungen wie im Herbst '89 in der DDR konnten Demonstrationen allerdings nur in einem System haben, das die freie, öffentliche Kritik der Staatspolitik mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Wird eine solche Kritik dann erst einmal massenhaft geäußert, hat die Staatsmacht den Kampf schon weitgehend verloren. Doch dass die großen Demonstrationen vom Herbst '89 möglich wurden und rasch zum Erfolg führten, ist nicht aus einer plötzlichen Entschlossenheit der DemonstrantInnen zu erklären. Eine Vielzahl innerer und äußerer Umstände hatte dazu geführt, dass die Handlungsfähigkeit des Herrschaftsapparates stark eingeschränkt war und zugleich Hoffnungen auf die Möglichkeit gesellschaftlichen Wandels geweckt worden waren. Schon beim „Sputnik“-Verbot Ende 1988 und bei den Kommunalwahlen im Mai '89 hatte sich gezeigt, dass die Herrschenden kaum noch imstande waren, auf Proteste und Wahlverweigerung repressiv zu reagieren. Im Laufe des Oktobers '89 wurde ihr politischer Bankrott offenbar. Ihr Versuch, erst mit Gewalt, dann mit einer „Dialogpolitik“ die Ausbreitung der gegen sie gerichteten Demonstrationen zu verhindern, scheiterte. Nun wäre es möglich gewesen, in den Betrieben, Institutionen und Kommunen eine Gegenmacht zu ihnen aufzubauen.

Der Weg nach draußen ...

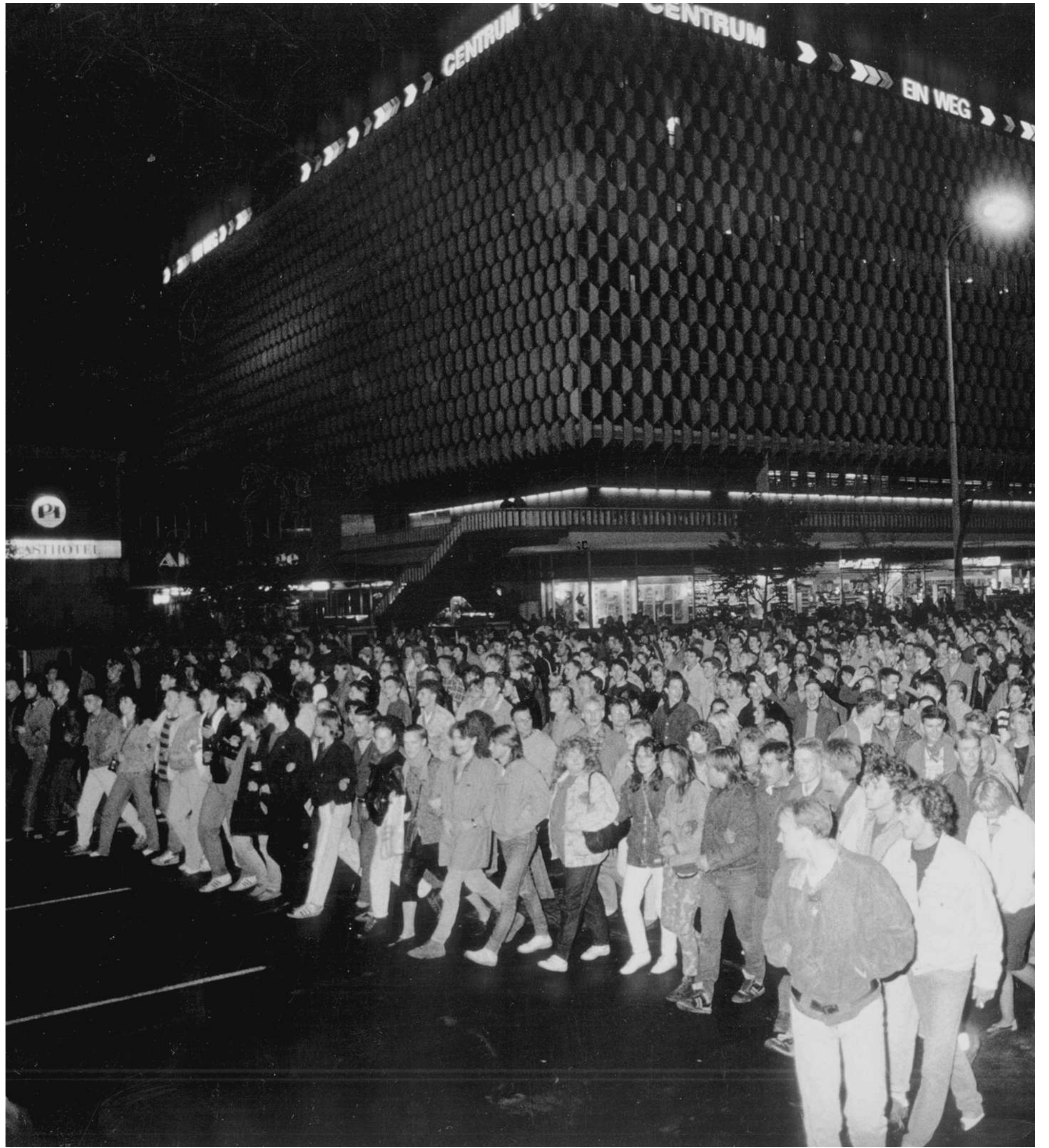
In der Opposition wurde das verlogene Dialogangebot der SED auf unterschiedliche Weise ernst genommen. Während das *Neue Forum* das Angebot begrüßte und die Institutionalisierung dieses Dialogs vorschlug, forderte die *Vereinigte Linke* mit dem sofortigen „Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung“ die Ausschaltung des bestehenden Machtzentrums. Sie orientierte auf die Bildung einer Übergangs-Reformregierung sowie auf einen landesweiten politischen Kongress von Betriebsdelegierten. Das Leipziger *Neue Forum* bezeichnete daraufhin die Vertreter der *Vereinigten Linken* als staatsfeindliche Provokateure, die den erhofften Dialog mit den Machthabern gefährdeten. Aber auch die *Initiative Frieden und Menschenrechte* verhielt sich reserviert gegenüber der SED-Offerte. Sie forderte den Rücktritt von Staatssicherheitsminister Mielke und Innenminister Dickel.

Aus der Erklärung des Neuen Forums vom 12. Oktober '89:

Das *Neue Forum* begrüßt die Verlautbarungen des Politbüros der SED als ein erstes Zeichen, sich mit den angestauten und tiefgreifenden Problemen der Gesellschaft auseinanderzusetzen ... Deshalb muß ein echter Dialog institutionalisiert werden! Es müssen die juristischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Meinungsäußerungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Parteien nicht mit der Anschuldigung der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit von vornherein zum Schweigen gebracht werden. ... Dieser echte gesellschaftliche Dialog hat auf allen Ebenen gewaltfrei zu erfolgen, bei Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, bei strikter Abweisung aller rechtsradikaler und faschistischer Haltungen, auf dem Boden der Verfassung.

Aus der Erklärung der Vereinigten Linken vom 12. Oktober '89:

Nicht das Dialogangebot in der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, sondern der Druck, welcher von den entstandenen scharfen Widersprüchen ausgeht und die Herausforderung an alle Menschen unseres Landes, endlich selbst etwas zu ändern, ist die Grundlage unseres Handelns. Über die entstandene Situation und die Schuldigen dafür dürfen wir uns keine Illusionen machen: Nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR steht auf dem Spiel; auch die Bewahrung und Entwicklung so wichtiger sozialer Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger, die soziale Sicherheit oder die gleichen Bildungschancen für Arbeiterkinder sind gefährdet, wenn der Stagnation nicht bald ein Ende gesetzt wird.



Protestdemonstration am 40. Jahrestag der Gründung der DDR, Berlin 7. Oktober '89

... in die Öffentlichkeit

Nach Honeckers Rücktritt am 18. Oktober begann die Krenzsche Variante der „Dialogpolitik“. Die SED-Wende sollte die Einheit mit dem Volk unter der Führung der Partei wiederherstellen. Sie zielte präzise auf die Ausgrenzung der oppositionellen Gruppen. Dennoch hatte sich die Situation erheblich gewandelt. Der direkte Einsatz der Staatsgewalt gegen die Opposition war vorerst unmöglich geworden. Offenere Organisationsformen und die Bewältigung der unzählbaren Nachfragen nach Programmen und Beteiligungsmöglichkeiten standen auf der Tagesordnung. Nun war endgültig klar, dass die oppositionellen Gruppierungen nicht ihre Anerkennung als Dialogpartner der Herrschenden zu betreiben, sondern ihre politischen Konzeptionen zu vertreten hatten. Während sich *Demokratie jetzt* und *Demokratischer Aufbruch* in ihren programmatischen Versuchen auf Forderungen nach Suspendierung der „führende Rolle der Partei“ konzentrierten, war diese der SED bereits entglitten. Zwei politische Projekte oppositioneller Politik standen sich gegenüber: Dialog mit der SED und den „Blockflöten“ oder Herausforderung der SED durch eine Opposition „von unten“.

Die IFM teilte mit *Demokratie jetzt* und dem *Demokratischen Aufbruch* die Orientierung auf eine parlamentarische Lösung der DDR-Krise über freie Wahlen. Konsequenterweise schloss sich die IFM am 30. Oktober bei ihrem ersten landesweiten Treffen dem Aufruf der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* vom 27. Oktober an, in dem ein Volksentscheid für eine „Demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED“ gefordert wurde. Hier bekräftigte *Demokratie jetzt* ihre Vorstellung von gesellschaftlichem Dialog: Diese Bürgerbewegung schlug die Bildung eines Runden Tisches vor. Statt einer Konsensbildung in der Bevölkerung und mit den politisch sich formierenden „Staatsfeinden“ sollte sich die Opposition zusammen mit Arbeitervertretern, Vertretern der Kirchen und der Intelligenz über eine Mannschaft für den Dialog mit der SED verständigen. Dieser Konzeption folgte auch das *Neue Forum*. In den nun folgenden Gesprächen der auf Initiative des *Demokratischen Aufbruchs* und *Demokratie jetzt* zusammentretenden Kontaktgruppe der Opposition war die *Initiative für eine vereinigte Linke* mit ihrer radikaleren Position isoliert und lenkte schließlich ein. Immerhin waren aber die aktuellen Gemeinsamkeiten der Oppositionsgruppen gewachsen: Am 3. November legten sie einen gemeinsamen detaillierten Forderungskatalog vor. Am 4. November sprachen neben anderen Vertreter der IFM, des *Demokratischen Aufbruchs*, des *Neuen Forums* und der *SDP* auf der Demonstration auf dem Alexanderplatz. Das Fernsehen der DDR sendete live.



Gespräch zwischen Sebastian Pflugbeil, Jens Reich (beide *Neues Forum*), Horst Oswald und Günter Schabowski im Haus der Bezirksleitung der SED am 26. Oktober '89

Aus dem Flugblatt für Demokratie des Demokratischen Aufbruchs (Oktober '89):

Der *Demokratische Aufbruch* (DA) ist ein Teil der politischen Opposition in der DDR. Er tritt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis ein. ... Die DA-Mitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen.

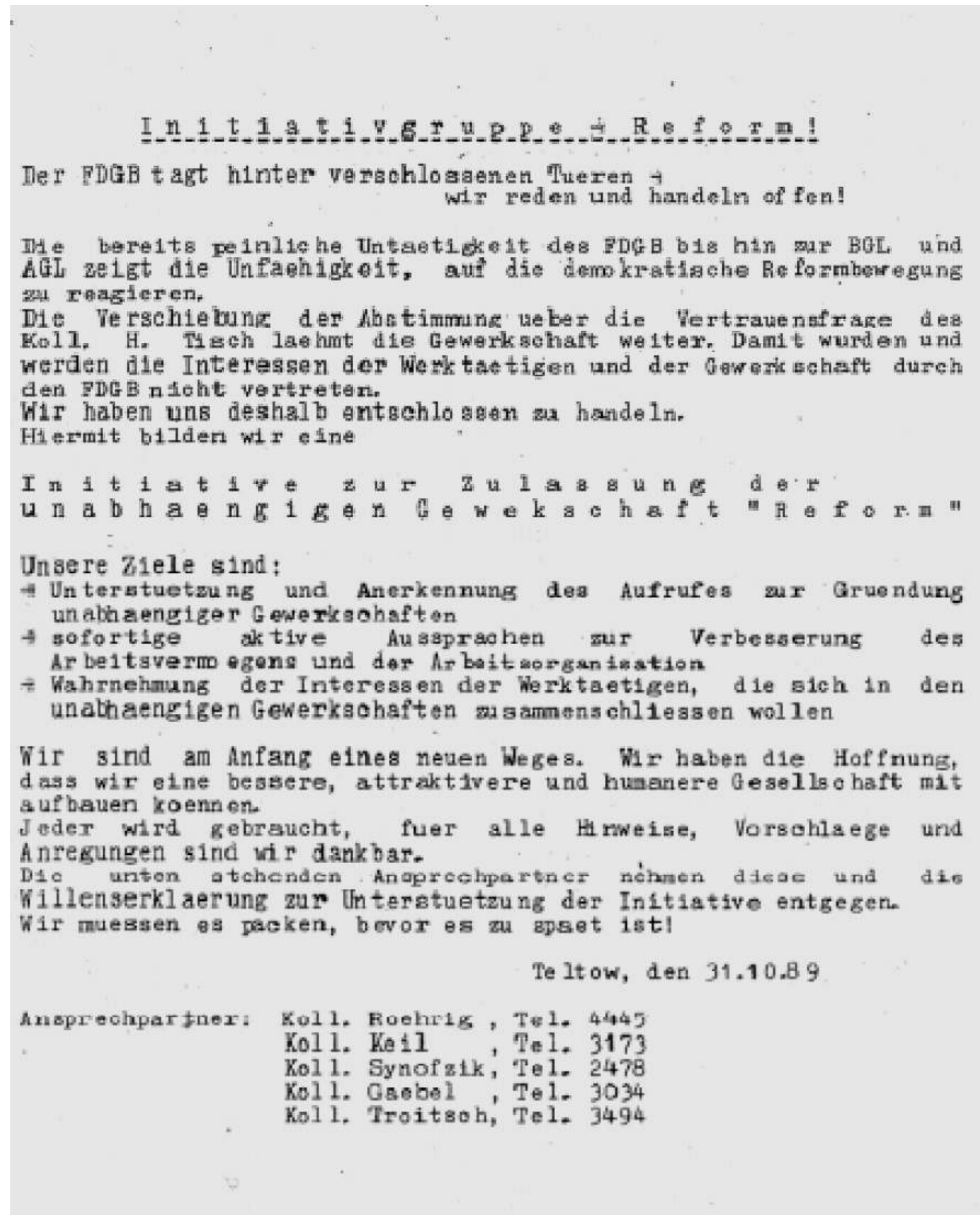
Aus der Erklärung der Vereinigten Linken vom 5. November '89:

Diese Politiker, die noch kürzlich jeden Kritiker zum „Feind des Sozialismus“ stempelten, versuchen jetzt, sich an die Spitze dieser Volksbewegung zu stellen. Sie bieten sich in selbstverständlicher Behauptung einer angemäßen Führungsrolle als ein Dialogpartner an, der sich nunmehr entschlossen hätte, auf's Volk zu hören und seine Forderungen zu erfüllen. ... Ist der nun im Mittelpunkt stehende „Dialog“ mit Funktionären das Mittel für die Realisierung unserer Interessen? ... Verständigen müssen wir uns – untereinander und auch mit denjenigen Sozialisten innerhalb der SED, die mit ihren Taten bewiesen haben, daß es ihnen Ernst ist mit dem sonst nur beschworenen Sozialismus.

Der Aufbruch in den Betrieben der DDR ...

Als sich im Oktober/November ´89 die Ereignisse in der DDR überschlugen, schien in den Betrieben und Institutionen alles „seinen sozialistischen Gang“ zu gehen. Früh, zwischen 6 und 7 Uhr, waren die Busse und Bahnen voll wie eh und je, man fuhr zur Arbeit.

Erst am Feierabend wurde aus manchem Arbeiter ein Demonstrant oder aus einer Laborantin das Mitglied beim *Neuen Forum*. Und so scheint sich zu bestätigen, was bald zum Allgemeinplatz werden sollte: Die „Wende“ in der DDR hat 1989 auf der Straße stattgefunden. Doch dieses Bild spiegelt nur



die halbe Wahrheit wider. Für zahlreiche Belegschaftsgruppen der DDR-Betriebe waren die Wochen und Monate zwischen dem Oktober ´89 und dem Frühjahr 1990 ereignisreicher und aufregender, als es die Geschichtsschreibung vermuten lässt.

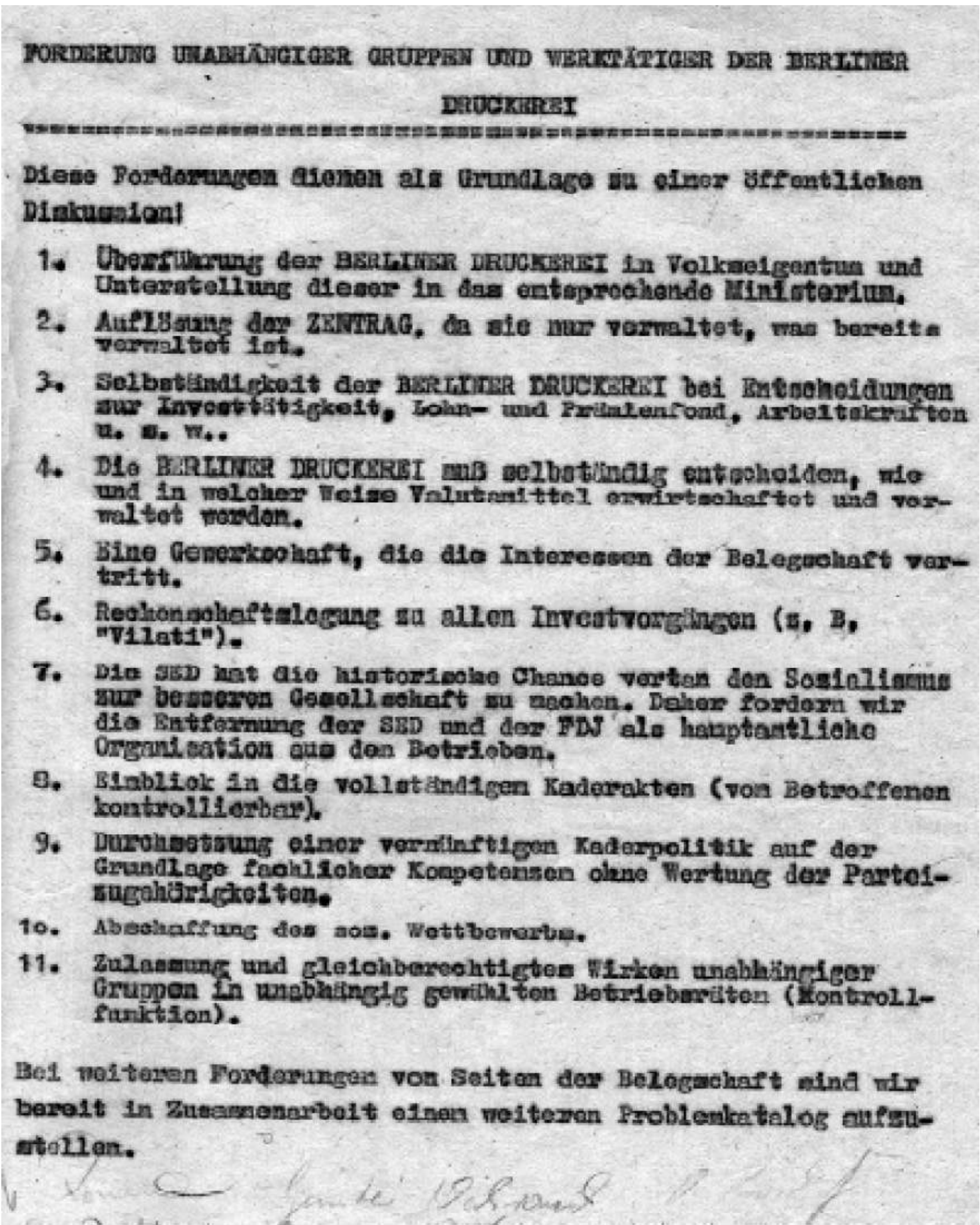
Die ersten Anzeichen eines veränderten politischen Klimas in den Betrieben der DDR waren allerdings schon vor dem Herbst ´89 zu spüren gewesen. Es häuften sich die öffentlich vorgetragenen Kritiken und Beschwerden von KollegInnen. Nicht selten wurden Versammlungen oder die „Schulen der sozialistischen Arbeit“ für solche Diskussionen „missbraucht“. Im Oktober/November nahmen diese Verletzungen der Spielregeln eine neue Qualität an.

Auf Vertrauensleutevollversammlungen wurden Forderungen nach Rücktritt der Betriebsgewerkschaftsleitung oder der staatlichen Leitung formuliert. Kleine Gruppen bildeten sich, die mit dem Aufruf nach einer eigenen Interessenvertretung an die Öffentlichkeit traten, an Wandzeitungen wurde die Offenlegung von betrieblichen Daten und Mitsprache gefordert.

In den Betrieben hatte sich durch den Rückzug der Gewerkschaften ins Tatenlose ein Vakuum in der Interessenvertretung gebildet. Zugleich machten die Werkleiter weiter wie immer, einige stellten sich besonders schnell auf die neue Situation ein und entließen

KollegInnen, andere führten die ersten Verhandlungen mit potentiellen Westpartnern. Joint-venture-Geschäfte wurden geplant, ein „sozialistischer Unternehmerverband“ konstituierte sich. Die Signale standen recht früh auf Grün für das westliche Kapital.

All dies waren Anlässe für zahlreiche KollegInnen, im Herbst ´89 aus der Anonymität hervzutreten und die „Wende“ im Betrieb zu fordern. So etwa die KollegInnen des VEB Sachsenbräu Leipzig: „Abgesehen davon, dass in jüngster Zeit öfter ominöse BMWs oder Audis auf dem Betriebsgelände

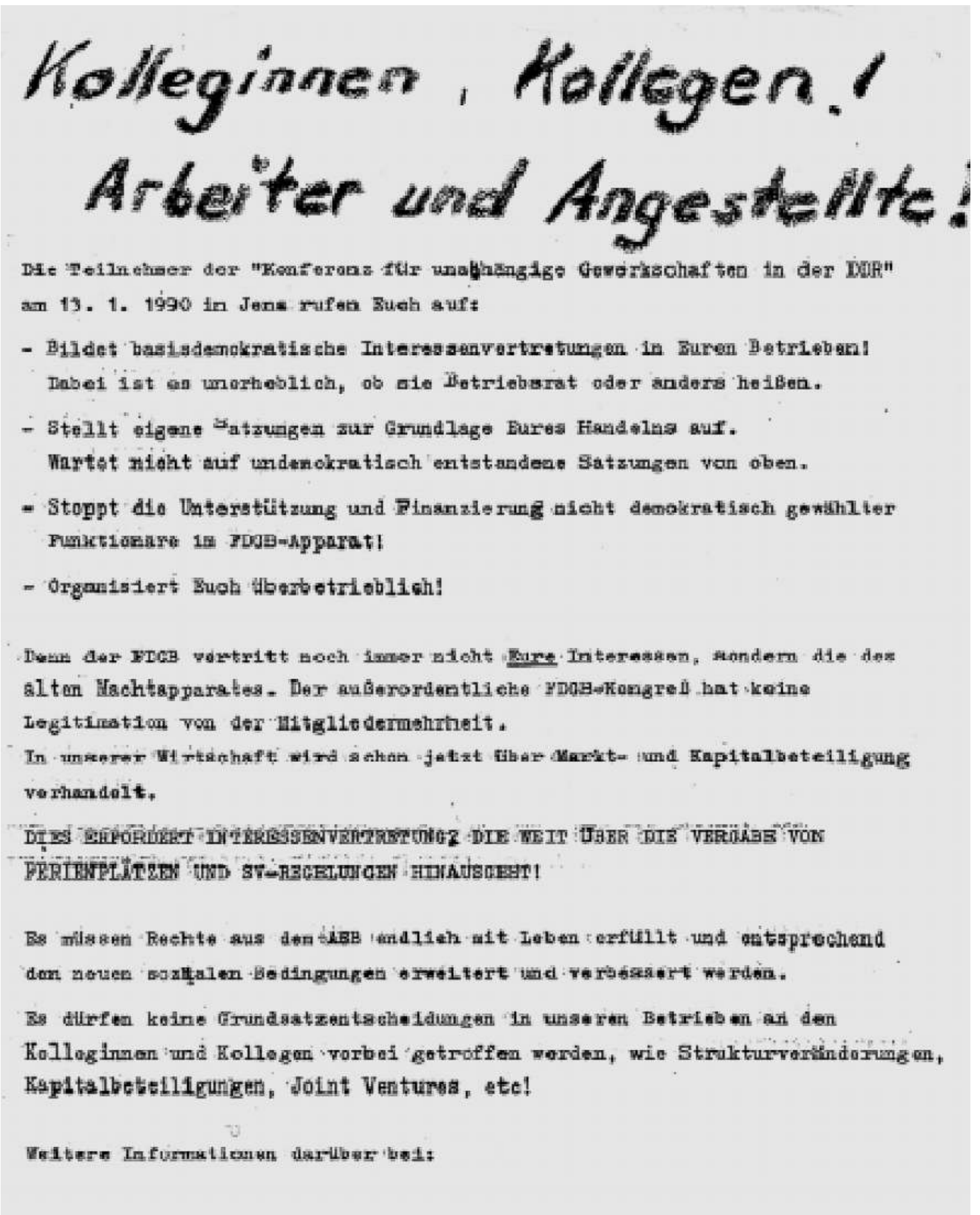


vorfahren, ist von einem Andersdenken nichts zu spüren ... Man führt Gespräche mit westlichen Firmen und hält Stillschweigen darüber ... Kollegen!!! Es wird Zeit, daß wir ein Wörtchen mitreden! Ihr habt ein Recht darauf, zu wissen, was mit unserem Betrieb passiert, was Verhandlungen mit Westfirmen ergeben, was für Investitionen geplant werden und welche nicht.“ Die KollegInnen riefen zur Gründung eines Betriebsrates auf. Die Namen für eine neue Form der Interessenvertretung waren dabei recht vielfältig, sie reichten vom Betriebsrat, über den gesellschaftlichen Rat, das Aktiv, die Initiativ- oder Basisgruppe bis zu unabhängigen Gewerkschaftsgruppen.

Zwei Arten von Forderungen wiederholten sich in fast allen Aufrufen. Zum einen wurde gefordert, dass die SED, politische Organisationen und vor allem die Staatssicherheit aus den Betrieben verschwinden sollten, desgleichen die Rituale des sozialistischen Wettbewerbs. Ein neues Lohn- und Prämiengefüge

„Und ick würds wieder so machen, ganz genauso. Und ick würd mich wieder an der falschen Stelle aufräufeln, das heißt ja, an der richtigen, mit dem gleichen Nichteffekt. Ich würde nichts anders machen, nee. Aber ick wär doch am Ende schlauer.“

wurde verlangt. Die andere Art der Forderungen gruppierte sich um Fragen der Mitsprache und Mitbestimmung der Belegschaft bei betrieblichen Entscheidungen. Gemeinsam war allen Vorstellungen über eine neue Interessenvertretung, dass sie konsequent von einer basisdemokratischen Organisation ausgingen. Die allgemeine Erfahrung einer destruktiven zentralistischen Wirtschaftsführung hatte die klare Option hervorgebracht: Wir wollen nicht wie bisher „von oben dirigiert und organisiert werden!“ Ebenso selbstverständlich wurden nicht selten ein Vetorecht und die Wahl oder Abwahl



von Betriebsleitern gefordert, Forderungen, die über bundesrepublikanische Mitbestimmungsmodelle weit hinausgingen.

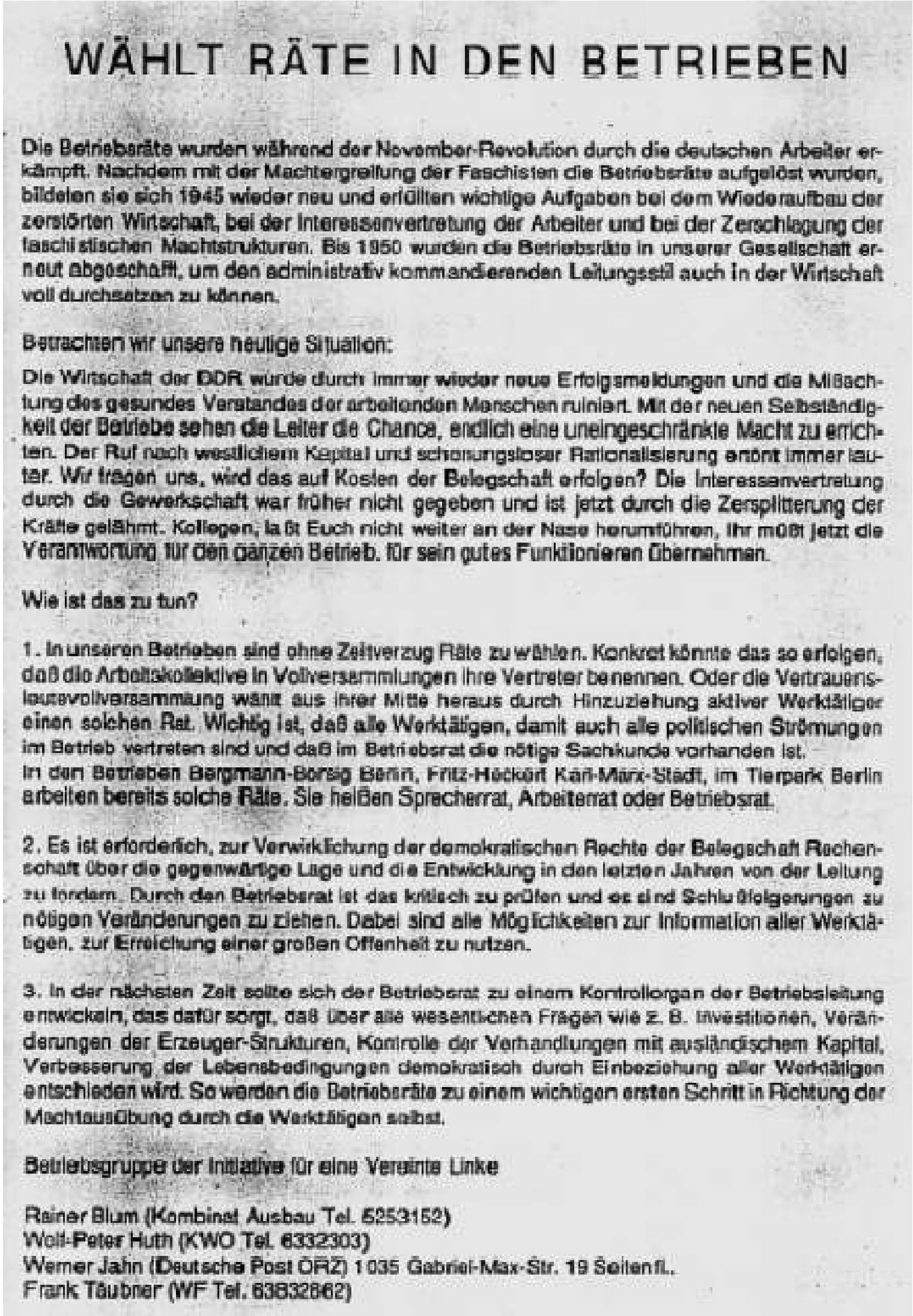
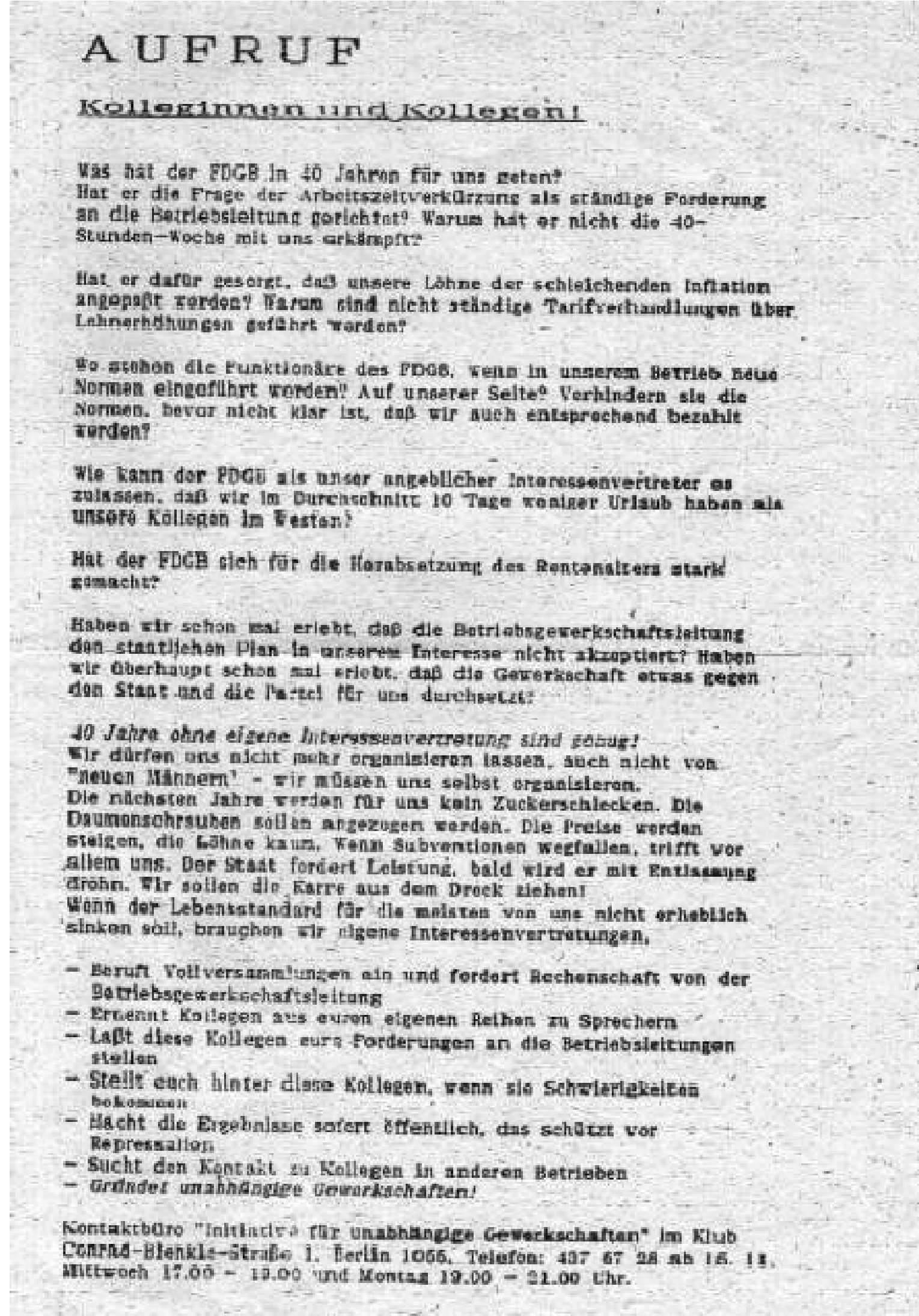
Sehr selten kam es zu überregionalen Treffen von Aktivisten einer „Betriebswende“, wie in Jena im Januar 1990, wo 31 Kollegen aus verschiedenen Städten des Südens der DDR und Berlin den Versuch machten, die Bildung einer DDR-weiten unabhängigen Interessenvertretung anzuregen.

Diese und andere Vernetzungsbemühungen scheiterten. Bereits ab Januar 1990 begannen die Westgewerkschaften, Mitglieder im Osten zu werben. Angesichts einer fehlenden Alternative und der zunehmenden Unsicherheiten für die Belegschaften, griffen immer mehr KollegInnen dieses Angebot auf. Die Basisgruppen unabhängiger Interessenvertretungen gaben ihre Arbeit auf oder stellten ihre Inhalte auf die zu erwartende Gründung von Betriebsräten nach westdeutschem Modell ein.

Frau K., Arbeiterin in einem Berliner Metallbetrieb, 1989 Mitinitiatorin einer unabhängigen Basisgruppe

... und die Bürgerbewegungen

Zu den Forderungen, auf die sich die im September/Oktober neu gegründeten Parteien und Bürgerrechtsgruppen konzentrierten, gehörte nicht die Organisation der „Wende“ in den Betrieben der DDR. Zwar gab es in jedem ihrer Programme auch immer einen „wirtschaftspolitischen“ Abschnitt, in dem über zukünftige Formen des Eigentums oder die Rolle der Betriebe in der Gesamtwirtschaft nachgedacht wurde – das eigentliche Handlungsfeld aber blieb der außerbetriebliche Raum. Um diese Leerstelle zu füllen, bildeten sich im November ’89 Gruppen innerhalb verschiedener Bürgerbewegungen, die sich ausschließlich mit der „Wende“ im Betrieb und der Situation der Belegschaften beschäftigten. Sie traten mit Aufrufen und Forderungen an die Öffentlichkeit.



Die Betriebsaktiven aller Gruppen versuchten, mit betrieblichen Forderungen und Handlungsoptionen für Belegschaften in die politische Entwicklung einzugreifen. Da sich die Opposition in der DDR kaum darüber verständigt hatte, welche Richtung eine demokratische Erneuerung im Betrieb nehmen müsste, konnte sie im Herbst ’89 auf keinerlei Vorarbeit zurückgreifen. Ein Meinungsbildungsprozess musste nun rasch und gedrängt durch die Ereignisse nachgeholt werden: War der FDGB zu reformieren? Wie ist die Stimmung in den Betrieben? Wie könnte eine unabhängige Interessenvertretung aussehen? Sollten Betriebsräte oder unabhängige Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben gegründet werden?

Für einen notwendigen Meinungsstreit aber blieb keine Zeit. Zudem galt: die Aktionen blieben isoliert, es kam zu keiner übergreifenden Vernetzung und Abstimmung. Für ihre konsequent basisdemokratische Orientierung fanden weder die

Betriebsaktivisten noch die entsprechenden Gruppen in den Bürgerbewegungen eine gesellschaftliche Kraft, die sie unterstützte. Im Gegenteil: häufig wurden sie als Utopisten belächelt oder als „Spalter“ beschimpft.

Die Betriebsgruppen in den Bürgerbewegungen, die *Initiative für eine unabhängige Gewerkschaft* und andere Gruppen hatten zwar in wenigen Wochen ein Netz von Kontakten zu KollegInnen in Hunderten von Betrieben aufgebaut, waren aber über eine erste Stufe der Meinungsbildung: „Was tun?“ nicht hinausgekommen.

Wie in der gesamten Gesellschaft zerfiel auch in den Betrieben die Gemeinsamkeit des Aufbruchs zusehends und machte einem pragmatischen Sich-zurecht-finden in den Strukturen der Bundesrepublik Platz. Für die Belegschaften hieß das, sich mit dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik vertraut zu machen. Die ersten Betriebsratswahlen fanden bereits im Juli 1990 statt und waren wenige Monate später abgeschlossen.

Dennoch: Ihr Engagement im Herbst ’89 hatte die Betriebsaktiven gut auf die neue Situation eingestimmt. Ihre Kritik von damals machte sie „fit“ für eine Kritik an den neuen Zuständen. Aber auch jene Kolleginnen und Kollegen, die mit großen Erwartungen den Westgewerkschaften beigetreten waren, sahen sich nicht selten enttäuscht. Ob diese Enttäuschung einmal zur Ablehnung von Stellvertreterpolitik und einem Wiederaufleben eines basisdemokratischen Engagements führen wird, bleibt abzuwarten.

Lediglich die *Initiative für unabhängige Gewerkschaften* (IUG) war bereits Ende Oktober als separate Gruppe entstanden. Sie war angetreten, eine erhoffte und erwartete basisdemokratische Bewegung für neue Interessenvertretungen zu unterstützen.

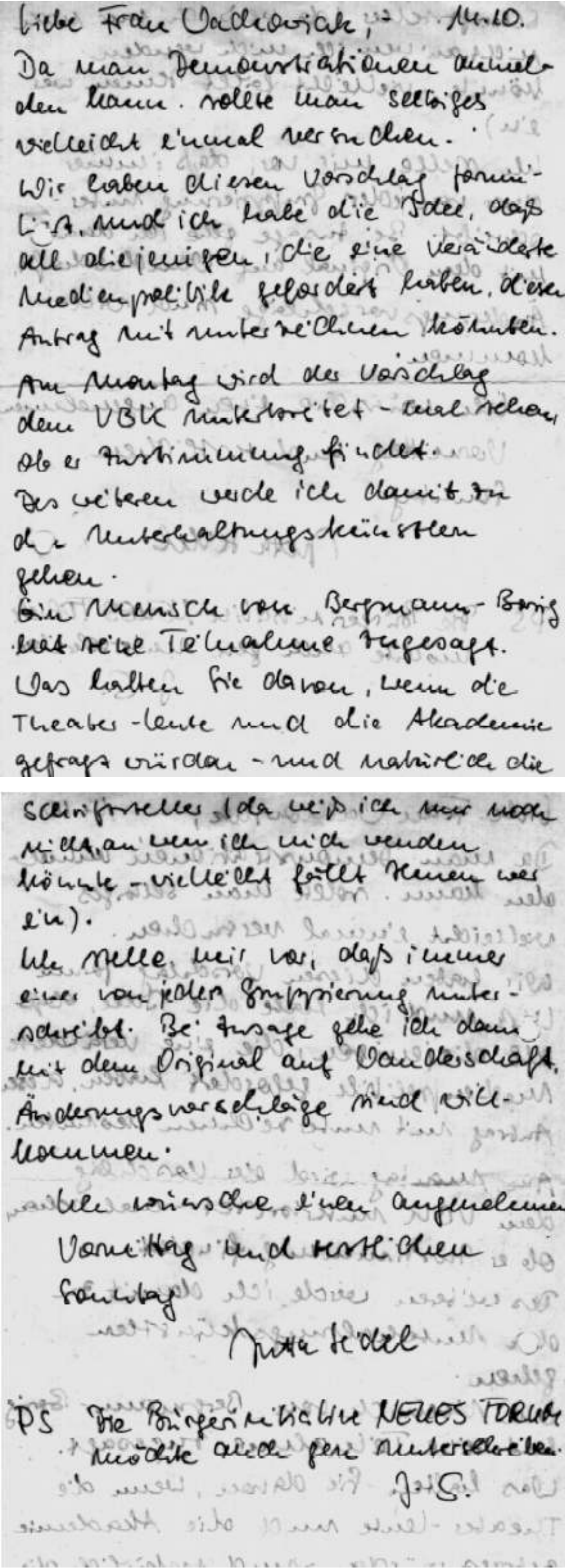
4. November 1989, Alexanderplatz

Die verrückte Idee, eine Demonstration gegen die tatsächlichen Machtverhältnisse ausgerechnet auf der Grundlage des geltenden Rechts zu veranstalten, konnte wohl nur in Berlin entstehen. Ähnlich wie bei dem Versuch, das *Neue Forum* auf der Grundlage des Vereinsgesetzes legalisieren zu lassen, war aber auch hier mehr als bloße Ironie im Spiel.

Schließlich wollten die Herrschenden Demonstrationen in der Hauptstadt Berlin, in unmittelbarer Nähe der Machtzentren wie der Staatsgrenze, mit umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen und der Mobilisierung aller „gesellschaftlichen Kräfte“ unter Kontrolle bekommen. Die Entschlossenheit zur öffentlichen Auseinandersetzung war die Voraussetzung für den Erfolg – die polizeiliche Genehmigung der Demonstration nur eine Folge der Einsicht, dass die Demonstration in jedem Fall stattfinden würde.



Die Initiative zur Demonstration ging vom Neuen Forum aus.



Jutta Seidel aus dem Initiativkreis wandte sich an Berliner Theaterschaffende.

Aus der Stellungnahme der Bezirksverwaltung Berlin der Staatssicherheit zur beantragten Demonstration vom 20. Oktober '89:

Es wird vorgeschlagen:

- den Antrag zur Durchführung der Demonstration und des Meetings bereits für den 4. 11. 1989 zu genehmigen. Die Genehmigung ist mit der Erwartung zu verbinden, dass die sich daran beteiligten Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens Einfluss auf den ordentlichen, friedlichen und disziplinierten Verlauf der Demonstration und des Meetings nehmen und die Veranstaltung im Einklang mit den begonnenen und weiter angestrebten Prozessen zu Veränderungen unserer sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Erklärung des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, vom 18. 10. 1989 steht. Es sind konkrete Auflagen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit, wie zum Einsatz von Verantwortlichen für diese Veranstaltung, einer ausreichenden Zahl gekennzeichnete Ordnungskräfte in und an der Peripherie der Demonstration und des Meetings, den angemessenen und vertretbaren Inhalt von mitgeführten Losungen, den Weg und Verlauf der Demonstration und die räumliche und zeitliche Begrenzung der Veranstaltung zu erteilen. Zum Einsatz kommende gesellschaftliche Kräfte sind so vorzubereiten, sich in einem angemessenen Umfang an dieser Veranstaltung aktiv zu beteiligen und ihr durch deren Auftreten bzw. ihre mitzuführenden Losungen im Sinne unserer neuen Medienpolitik ein progressives Gepräge zu geben. Oder:
- den Antrag zur Durchführung der Demonstration und des Meetings abzulehnen und Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung in der Tiefe der beabsichtigten Veranstaltung bzw. direkt vor Ort die gesellschaftlichen und Kräfte der Sicherheitsorgane bis hin zur Auflösung durchzuführen. ...

Ich bitte um Ihre Entscheidung.
Hähnel, Generalmajor

Die Maueröffnung am 9. November 1989

Nach der Schließung der Grenze zur ČSSR am 3. Oktober '89 und den Zusammenstößen am Dresdener Hauptbahnhof war das Ausreiseproblem in den Hintergrund getreten. Auch wer in den Westen wollte, war nun auf den gemeinsamen Protest gegen die SED-Führung verwiesen: „Bleibe im Lande und wehre Dich täglich!“ In der Absicht, die Grenzen des Landes passierbar zu machen, waren sich die Demonstranten einig. Dass manche die offenen Grenzen nur für Ausflüge und andere für Umzüge nutzen wollten, machte noch keinen Gegensatz. Nichts zeigte schließlich so die Macht der Politbürokraten und ihre ungebrochene Verfügung über den staatlichen Gewaltapparat wie die geschlossenen Grenzen nach Ost und West und überall.

Der Versuch, durch die Wiederherstellung der Reisefreiheit in die ČSSR pünktlich vor der großen Demo vom 4. November Dampf vom Kessel zu lassen, schlug fehl. Noch bevor sich die Demonstranten in Berlin versammelten, musste das Politbüro der SED am Abend des 3. November die Ausreise von wiederum 6.000 DDR-Bürgern zulassen, die sich in der bundesdeutschen Botschaft in Prag eingefunden hatten. Allein am Wochenende vom 4./5. November verließen 23.200 DDR-Bürger „ihr Land“ auf diesem Weg. Der am 6. November veröffentlichte Entwurf eines Reisegesetzes verschärfte den Konflikt: die eingeschränkten Reisemöglichkeiten und Genehmigungszwänge konnten niemanden befriedigen. Die Empörung im Land traf die SED-Führung umso härter, als zeitgleich die Genossen aus der ČSSR ein Ende ihrer Transitfunktion verlangten: Die tausenden Ausreisenden in den Westen gefährdeten die sozialistische Ordnung auch im Bruderland. Eine eilends vorbereitete Neuregelung des Reiseproblems wurde am 9. November auf der 10. Tagung des ZK der SED nur beiläufig zur Kenntnis genommen. Als Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer abendlichen Pressekonferenz erklärte, „sofort, unverzüglich“ könne jeder DDR-Bürger über die Grenzübergangspunkte der DDR ausreisen, wusste er nicht, welche Reaktion er auslösen würde. Mit der öffentlich erklärten Absicht der Staatsoberen im Ohr gingen Tausende daran, sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Die völlig überraschten Grenztruppen ließen angesichts des Massenandrangs die Menschen schließlich durch.



Das Tor ist offen! Checkpoint Charlie am 11. November '89, Foto: Jürgen Nagel



Öffnung des Grenzübergangs Invalidenstraße für Bürger der DDR in der Nacht vom 9. zum 10. November '89, Foto: Landesbildstelle Berlin



Fall der Berliner Mauer am 10. November '89, Foto: Thomas Starck



Foto: Peter Himself